



„AN DER KIPPE“
Thomas Diesenreiter,
Geschäftsführer der
Kulturplattform
Oberösterreich

„DAMOKLESSCHWERT“
Christine Dollhofer,
Chefin des Linzer
Filmfestivals Crossing
Europe



VON STEFAN GRISSEMAN

An der oberösterreichischen Kultur zu sparen, sei „fahrlässige Geistesgefährdung“, sagt der Künstler Peter Putz, und sein Kollege Edgar Honetschläger konstatiert eine „himmelschreiende Provinzmentalität“. Der Autor Kurt Palm nennt die Regentschaft von Landeshauptmann Thomas Stelzer (ÖVP) und FP-Vize Manfred Haimbuchner sogar „den besten Beweis dafür, dass die Zombifikation in unserem Land schon sehr weit fortgeschritten ist“. Und da sich Zombies bekanntlich „vornehmlich von menschlichen Gehirnen ernähren“, müsse man, so Palm sarkastisch, von einer gewissen Tötungsabsicht ausgehen.

Harte Worte, aber sie sind der Heftigkeit der Einschnitte für die freie Szene angemessen, die diese Woche im Landtag beschlossen werden sollen. Denn der Entwurf zum Kulturbudget für 2018 sieht Drakonisches vor: Musik minus 33 Prozent, bildende Kunst minus 31 Prozent, minus 34 Prozent bei der Literatur, minus 28 Prozent in der Filmförderung. Die Kürzungen, die von der schwarz-blauen Landesregierung angepeilt werden, verstören Kunstschaffende. Sie seien „ent-

setzt“ über die Entscheidung, Oberösterreichs Literatur „an den Rand des Ruins zu führen“, schrieben etwa lokale Schriftsteller unlängst an Landeshauptmann und Kulturreferent Stelzer. Seine Sparpläne seien ein veritabler „Kahlschlag“. Der Schauspieler Josef Hader, die HipHop-Veteranen Texta und der Zeichner Gerhard Haderer warnen in Kinospots vor dem drohenden Kulturabbau. Stelzer nennt die Einsparungen weiterhin „moderat“ und verweist auf die Tatsache, dass Oberösterreich mit 3,6 Prozent des Gesamt-Etats seit Jahren eines der höchsten Kulturbudgets aller Bundesländer aufweise.

Was Stelzer verschweigt: In keinem anderen Bundesland ist der kulturpolitische Spielraum so gering wie in Oberösterreich, wie die Kulturplattform (KUPF) vorrechnet. Der Großteil der Mittel ist an landeseigene Einrichtungen gebunden, fast 94 Prozent des Budgets sind „Pflichtausgaben“, beim Anteil für die freien Initiativen und Kulturvereine nimmt man im Ländervergleich den letzten Platz ein. Die sogenannten „Ermessensausgaben“ sollen drastisch zurückgefahren werden, während man andererseits in öffentlichen Verkehr und den Ausbau des Breitband-Internets investiert.

„Unsere Datenanalyse der letzten 16 Jahre ergibt ein tristes Bild: Von drei Euro Förderung damals ist inzwischen nur noch einer übrig“, erklärt Thomas Diesenreiter, Geschäftsführer der KUPF und Sprecher der Proteste im Gespräch mit profil. „Sehr viele der ohnehin schon unterdotierten Vereine stehen nun wirklich an der Kippe. Das Festival Crossing Europe, ein international anerkanntes Aushängeschild, stünde bei 30 Prozent Kürzungen zweifellos am Abgrund. Der Klub Kapu, einer der wichtigsten Österreichs, kann sich schon jetzt nur noch einen einzigen Angestellten, eine Dreivierteltkraft, leisten. Der Rest arbeitet ehrenamtlich.“

Christine Dollhofer, seit 14 Jahren Direktorin von Crossing Europe, meint: „Diese Ankündigung hat uns alle kalt erwischt, denn es gibt von den Wirtschaftsprognosen her keinen Grund, nun ausgerechnet bei den kleinen und schwächeren Kulturinitiativen zu sparen – und dies, nachdem die Kulturbudgets bereits während der vergangenen Jahre wegen Wirtschaft- und Eurokrise keinerlei Erhöhung erfahren haben. Nun hatte man erwartet, dass der Konjunkturaufschwung sich auch in der Kultur bemerkbar machen und zumindest eine Wertanpassung

JÜRGEN GRUNWALD, ANDRÉAS KEPLINGER, FOTOGRAFIE: KATRESCHAU/MANNE



SPARTHERAPIE
Landeshauptmann
Thomas Stelzer (li.)
und sein FP-
Stellvertreter
Manfred
Haimbuchner

Kahlschlagabtausch

Oberösterreichs Kultur- und Sozialbudgets werden massiv beschnitten. Die schwarz-blaue Landeskoalition hält die Kürzungen für einen großen Wurf. Österreichs künftige Bundesregierung wird es wohl ähnlich machen.

vorgenommen würde, aber die Tendenz ist leider gegenläufig.“

Am Montag dieser Woche wird am Linzer Schillerplatz ab 17 Uhr eine Demonstration gegen den neuen Sparkurs stattfinden, der keineswegs nur die Kultur, sondern auch verschiedene Sozial- und Bildungseinrichtungen, die Bereiche Arbeit, Familie und Jugend betrifft. Ein entsprechend breites Bündnis wird gegen die drohenden Kürzungen auftreten, wenn der Landeshauptmann – nach Übergabe von rund 15.000 Unterschriften gegen die Sparpläne („#kulturlandretten“) – im Rahmen eines für Montag festgesetzten Runden Tisches mit Gesandten der Kulturszene nicht noch einmal über die Sinnhaftigkeit seines Tuns nachdenken will. Aber Optimismus ist derzeit nicht angezeigt: Am Landesbudget werde „nicht mehr gerüttelt“, ließ Stelzer vor wenigen Tagen kühl wissen. Man wolle „finanzielle Spielräume schaffen, um in wesentliche Zukunftsbereiche zu investieren“. Dass ausgerechnet Kulturelles und Soziales offenbar nicht zu diesen Zukunftsbereichen gehören sollen, verwundert Beobachter aus ganz Österreich.

Ab Dienstag geht dann die dreitägige Landtagssitzung zum Budget über die

Bühne. Über Kulturretats wird traditionell am Mittwoch abgestimmt. Dabei wird mit Debatten und Abänderungsanträgen von Grünen und Sozialdemokraten zu rechnen sein – mit überschaubaren Chancen: Gegen die 39 Abgeordneten, die Schwarz-Blau stellen, wird die 17-köpfige rot-grüne Opposition wenig ausrichten können.

Nun könnte man Oberösterreichs konservativer Regierung unterstellen, aufmüpfige Kulturinitiativen durch finanzielle Austrocknung mundtot machen zu wollen. Tatsächlich werden, sagt Diesenreiter, „die zeitgenössischen Kulturvereine von Teilen der ÖVP eher dem oppositionellen Lager zugeordnet, was aber so natürlich nicht stimmt. Die Kürzungen treffen ja nun auch Volkskultur und Blasmusik. Ich denke, die Trennlinie ist eher eine ökonomische: Man spart bei den gemeinnützigen Initiativen und schichtet zu den gewinnorientierten Firmen um. Es wird eben nicht überall gekürzt. Die Wirtschaftsförderungen beispielsweise sollen im neuen Budget massiv erhöht werden, 21 Millionen Euro allein für die Verbesserung der Internetanschlüsse großer Firmen zur Verfügung gestellt werden.“

Auch Dollhofer sieht darin eher „kühle Wirtschaftsmathematik“ als eine Hatz

gegen „linke“ Kultur. Zudem sei gegen eine Analyse der Förderpolitik und das Setzen neuer Akzente grundsätzlich nichts einzuwenden. „Aber die Kommunikation läuft fatal: Immer noch weiß niemand genau, wie viel an Kürzungen ins Haus stehen wird. Klare Ansagen liegen nicht vor – und das verunsichert alle, gefährdet Existenzen und schafft Planungsunsicherheit. Aber es vereint uns alle, von der Alternativ- bis zur Volkskultur, solidarisiert uns im Auftreten gegen diese Maßnahmen.“

Die süffisante Ansage der Landesregierung, man möge sich das fehlende Geld doch in der Wirtschaft holen, bei potenziellen Sponsoren, lässt Dollhofer nicht gelten: „Die meisten kulturaffinen Unternehmer engagieren sich ohnehin schon bei den großen Institutionen, vom Musiktheater bis zu Kunsteinrichtungen. Da hat niemand Lust, sich politisch verpflichten zu lassen, weitere Initiativen zu sponsern. Man steht also an, alle Optionen sind ausgeschöpft. Es ist aber die kulturpolitische Aufgabe, öffentliche Gelder auch kleineren kulturellen Initiativen zukommen zu lassen.“

Wenn am Mittwoch in Linz also der erwartete Kulturkahlschlag beschlossen wird, könnte man dies auch als gespenstische Vorausschau auf die Aktivitäten der künftigen Bundesregierung betrachten. „Die politischen Kampagnen in Oberösterreich und auf Bundesebene waren einander durchaus ähnlich“, analysiert Thomas Diesenreiter: „Stelzer plakatierte bereits im März, noch ehe Sebastian Kurz seine ‚Zeit für Neues‘ ausrief, den Slogan ‚Die neue Zeit‘ – und in Oberösterreich trommeln Industriellenvereinigung und Wirtschaft seit Jahren, dass bei den Förderungen gekürzt werden müsse. Genau diese Argumentation benutzte ja auch Kurz im Wahlkampf: dass es gerade im Bereich der Förderungen großes Sparpotenzial gebe. Also natürlich dort, wo die Zivilgesellschaft engagiert ist und Aufgaben des Staates übernimmt – vor allem im Sozial- und Kulturbereich. Deshalb wäre es nur logisch, wenn es im Bund nun in eine ganz ähnliche politische Richtung ginge.“

Natürlich sei Oberösterreich ein „Labor für eine künftige Bundeskulturpolitik“, sagt auch Dollhofer: „Das hängt als Damoklesschwert über uns. Und man kann ernstlich vermuten, dass uns all das auch im Bund erwartet, wenn die erste bildungspolitische Maßnahme, die nun laut wurde, darin besteht, die verbale Beurteilung in der Volksschule abzuschaffen. Offenbar will man nun auch in Kulturdingen ‚Notenwahrheit‘.“